

Politik im Gespräch

Anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag führten Vorstand und Geschäftsführung der PKN Gespräche mit niedersächsischen Politikern, um Denkanstöße zur Förderung der psychotherapeutischen Versorgung zu geben. Allen niedersächsischen Abgeordneten im Bundestag waren im Vorfeld wichtige „Meilensteine“ zur Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung zur Verfügung gestellt und die Bereitschaft zum persönlichen Austausch signalisiert worden. Folgende Forderungen wurden an die Politik gerichtet.

1. Förderung von präventiven Prozessen und Strukturen.
2. Reform der Psychotherapieausbildung jetzt.
3. Erweiterte Rahmenbedingungen für psychotherapeutische Versorgung, flächendeckend.
4. Strukturelle Verankerung des Berufsstandes in der stationären und institutionellen Versorgung.
5. Sicherung der Honorare und angemessenen Vergütung für angestellte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten.

Die Aktion stieß auf positive Resonanz. Neben schriftlichen Reaktionen wurde auch von zwei Abgeordneten die Gelegenheit zum persönlichen Austausch genutzt.

Am 2. Juli 2013 kam Frau Nicole Bracht-Bendt, Obfrau im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sprecherin für Frauen und Senioren der FDP-Bundestagsfraktion, in die Geschäftsstelle der PKN. Als Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zeigte Frau Bracht-Bendt großes Interesse an dem von der PKN begleiteten Modellprojekt „Versorgung von Säuglingen und Kleinkindern und ihren psychisch erkrankten Eltern“ im Landkreis Wolfenbüttel. Herr Hermann stellte das Projekt vor, ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig frühzeitige Prävention in kooperativer Zusammenarbeit für die Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung ist. Die FDP-Politikern regte hier an, sich Anfang 2014 an die neu gebildete Kinderkommission zu wenden, die in einer aktuellen Stellungnahme zur Situation von Kindern psychisch kranker Eltern ebenfalls eine bessere Vernetzung der verschiedenen Hilfesysteme und individuelle, auf den Bedarf der Kinder und Familien zugeschnittene niedrigschwellige Angebote empfohlen hatte.

Frau Bracht-Bendt erläuterte eine weitere Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Trauer“ und die dort aufgestellte Forderung nach einer Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern. Die PKN begrüßte diese Initiative, machte aber darauf aufmerksam, dass Patientinnen und Patienten selbst bei kurzfristiger Inanspruchnahme von Psychotherapie in Akutsituationen Nachteile beim späteren Abschluss von Versicherungen zu befürchten haben. Hier gibt es deutliche Unterschiede zur somatischen Medizin. Psychotherapie wird undifferenziert und ohne Berücksichtigung der Prognose der Patienten als Risikofaktor eingestuft.

Thema war auch die nach wie vor bestehende Problematik langer Wartezeiten auf ein Erstgespräch beim Psychotherapeuten. In diesem Zusammenhang auf die extrabudgetäre Vergütung angesprochen, stellte Frau Corman-Bergau richtig, dass die Finanzierung der Psychotherapie „aus einem anderen Topf“ nicht für ein Mehr an Anbietern von Psychotherapie Sorge. Die PKN setze sich deshalb weiterhin dafür ein, dass mehr KV-Sitze für Psychotherapeuten geschaffen werden.

Susanne Passow

Gespräch mit Frau Dr. Carola Reimann, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag

Am 15. August 2013 trafen sich Vorstand und Geschäftsführung der Niedersächsischen Psychotherapeutenkammer mit Frau Dr. Carola Reimann, der Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, zum Meinungsaustausch über die aktuellen Themen Reform der Psychotherapieausbildung und Bedarfsplanung und Erstversorgung von psychisch Kranken.

Der aktuelle Stand zur Diskussion um die Reform des Psychotherapeutengesetzes wird kurz dargestellt mit den Beschlüssen des Deutschen Psychotherapeutentages zu einem Beruf und zur Reform der Ausbildung.

Die Position des Gesundheitsministeriums mit der Forderung nach Direktausbildung wird benannt.

Im folgenden Meinungsaustausch mit Frau Dr. Reimann wird deutlich, dass sie der Meinung ist, dass die Vielfalt der Therapiemethoden in der Hochschullehre erhalten werden muss bzw. wie-



Dr. Carola Reimann



v.l.n.r. Dr. Josef Könnig, Dr. Carola Reimann, Gertrud Corman-Bergau, Susanne Passow, Jörg Hermann

der hergestellt werden muss, dass als dringendstes Problem der Master im Psychotherapeutengesetz verankert werden und die Bezahlung der praktischen Tätigkeit in den Kliniken gesetzlich geregelt werden muss.

Frau Dr. Reimann macht deutlich, dass Modelle der Direktausbildung, wie sie aus Gründen der Systemgleichheit analog zur Ärzteausbildung diskutiert werden, für die SPD Bundestagsfraktion nicht Erstpriorität darstellt.

Die Forderung des Psychotherapeutentages nach *einem* Beruf, Regelung der Zugänge zur Erwachsenen- bzw. Kindertherapie über die Fachkunde, das Thema Erstzugang zur Psychotherapie und kurzfristiges zur Verfügung stellen von Psychotherapieplätzen für psychisch Kranke ist ein Anliegen, was der SPD Bundestagsfraktion und Frau Dr. Carola Reimann sehr am Herzen liegt.

Die Mitglieder des Vorstandes der PKN machen deutlich, dass im Wesentlichen hier die fehlenden Behandlungskapazitäten die Ursache für Wartezeiten darstellen.

Eine bessere Bezahlung für die Probatorik, für die Diagnostik, für die Indikationsstellung von Psychotherapie könnte hier eine erste Entlastung schaffen insofern, als dass kurzfristig auch für die Indikationsstellung von Psychotherapie Behandlungsplätze zur Verfügung gestellt werden und dass

aufgrund der Ergebnisse der Indikationsstellung dann nach Schweregrad der Erkrankung differenziert Behandlungsplätze zur Verfügung gestellt werden können.

IV-Verträge unter Einbeziehung von Krankenhäusern und Krankenkassen können für bestimmte Patientengruppen Entlastung schaffen, lösen aber das grundsätzliche Problem der fehlenden Kapazitäten nicht.

In dem Thesenpapier der SPD Bundestagsfraktion wird für die Lösung der Erstversorgung die Aufgabe der psychiatrischen Institutsambulanzen als Schnittstelle zwischen stationär und ambulant in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt. Hier machen die niedersächsischen Kammervertreter deutlich, dass die psychiatrischen Institutsambulanzen für die Versor-

gung von schwerst gestörten Patienten, die nicht „wartezimmerfähig“ sind, keine grundlegende Lösung für die Schnittstelle ambulant/stationär bereitstellen können.

Auch Kapazitätsverwaltung, wie sie von der TK angedacht sind, sind aus Sicht des Kammervorstandes hier nicht zielführend, schaffen nur zusätzliche Bürokratie und verschleppen das Problem.

Einen großen Anteil in dem Papier der SPD Bundestagsfraktion und auch im Gespräch mit Frau Dr. Carola Reimann nahm der Punkt Förderung von präventiven Maßnahmen ein.

Förderung von Erziehungsberatung und schulpsychologischer Beratung, Sicherung der Stellen von approbierten Psychologischen Psychotherapeuten im Rahmen von Jugendhilfe und Erziehungsberatung, Schuleingangsuntersuchung durch PP und KJP, Vorsorgeuntersuchung analog zu den U-Untersuchungen im klinisch psychotherapeutischen Bereich sind langfristig als Elemente einer präventiven Strategie denkbar.

Frau Dr. Reimann macht noch einmal deutlich, dass Prävention eine Gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nicht nur über das SGB V strukturiert und geschult werden kann.

Die Erstversorgung kann langfristig nur durch eine veränderte Bedarfsplanung und das Bereitstellen zusätzlicher Behandlungskapazitäten gelöst werden.



Dr. Carola Reimann, Dr. Josef Könnig

Das ist die Botschaft der Vertreter der Niedersächsischen Psychotherapeutenkammer an die Gesundheitsministerin.

Zurzeit hat der Psychotherapeutenberuf noch keine Nachwuchssorgen im Gegensatz zu den Haus- und Fachärzten. Hier ist jetzt die Politik gefordert, für die jungen approbierten Kolleginnen und Kollegen auch ausreichend Arbeitsmöglichkeiten für die psychisch kranken Patienten zur Verfügung zu stellen.

In einem möglichen neuen Präventionsgesetz muss, nach Frau Dr. Reimann, eine Sozialversicherungssystem übergreifende Finanzierung gefunden werden, in der Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung ihren Anteil

an Prävention leisten. Diese Querschnittsaufgabe darf nicht zu groß sein, muss aber spezielle Probleme, wie Kinder psychisch kranker Eltern, Bewältigung von chronischen Krankheiten, Elternteraining etc. umfassen.

Als besonderes Problem im Rahmen der Diskussion über die Präventionsstrategien benennt Frau Dr. Reimann die psychotherapeutische Versorgung von alten alleinstehenden Männern in der Gesellschaft.

Für den Vorstand der Niedersächsischen Kammer war erhellend, dass die Reform des Psychotherapeutengesetzes aus Sicht der SPD große Priorität hat, dass die Zugangsvoraussetzungen über den Master und eine gesetzliche Regelung zur Bezah-

lung der praktischen Tätigkeit zeitnah umgesetzt werden müssen.

Die Priorität für eine mögliche Regelung zur Direktausbildung wird von Frau Dr. Carola Reimann, im Gegensatz zu den Signalen aus dem Gesundheitsministerium, so nicht gesehen.

Der Vorstand der PKN hat abschließend deutlich gemacht, dass die Positionierung der SPD Bundestagsfraktion zu Fragen der Versorgung psychisch Kranker in unserer Gesellschaft sehr positiv bewertet wird und dass die niedersächsische Kammer sich ähnliche Positionierungen auch von den anderen Parteien wünschen würde.

Dr. Josef Könnig

Stellungnahme des Vorstandes der PKN zum AOK-Hausärztevertrag Depression und Burn-out in Niedersachsen

Der Vorstand begrüßt es, dass im AOK-Vertrag die psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeiten durch Psychologische und ärztliche Psychotherapeuten stärker in den Blickwinkel von Krankenkassen und Öffentlichkeit kommen. Als problematisch wird hingegen die Gefahr einer Priorisierung durch die Bevorzugung bestimmter Patientengruppen gesehen. Von einer Prämie zur „Gesundschreibung“ distanziert sich der Vorstand ausdrücklich.

1. Allerdings kommt es aufgrund der nicht ausreichenden Kapazitäten im Bereich der Psychotherapie zu unzumutbar langen Wartezeiten. Deshalb muss das oberste Ziel sein, die Kapazitäten für die Behandlung aller Patienten zu erweitern. In dieser Hinsicht ist die Änderung der Bedarfsplanungs-Richtlinie ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Halbierungen von Kassensitzen tragen ebenfalls zur Ausweitung des Angebotes an Psychotherapie für alle Patientinnen und Patienten bei, ebenso wie zusätzliche Sonderbedarfszulassungen.
2. Der Vorstand stellt fest, dass die Bezahlung für die diagnostischen Leistungen und die Probatorik im Vergleich zu der Bezahlung der genehmigungspflichtigen Leistungen deutlich zu gering aus-



Klausurtagung Vorstand

fällt, obwohl der fachliche und der zeitliche Aufwand höher ist.

Eine Verbesserung der Bezahlung für eine fundierte Indikationsstellung ist unbedingt notwendig. Die PKN setzt sich dafür ein, dass in zukünftigen Verträgen eine zeitnahe Erstsitzung sowie Probatorik, Diagnostik und Indikationsstellung für Psychotherapie für alle Patienten besser bezahlt werden. Die Kolleginnen und Kollegen verpflichten sich erst dann, ihre Praxisstruktur in diesem Sinne zu verändern und zeitnah Termine für Erstgespräche, Diagnostik und Indikationsstellung bereitzuhalten. Nur

auf dieser Grundlage ist es möglich, in Einzelfällen eine Priorisierung vorzunehmen und in anderen Fällen eine zumutbare Wartezeit einzuplanen.

3. Ein niedrigschwelliger Zugang zur Psychotherapie ist ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz von psychotherapeutischer Behandlung. Die Kooperation mit den behandelnden Hausärzten sieht der Vorstand als notwendig und hilfreich an. Das Erstzugangsrecht zur Psychotherapie muss erhalten bleiben.
4. Kurzfristige Interventionen, wie sie im AOK-Hausärztevertrag vereinbart sind, können einer Chronifizierung vorbe-

gen und werden vom Vorstand der PKN deshalb begrüßt. Sie müssen angemessen zusätzlich vergütet werden. Eine „Gesundschreibprämie“ von 50,- € für Kurzinterventionen lehnt der Vorstand aus ethischen Gründen ab.

5. Die Priorisierung der Behandlung einer ausgewählten Patientengruppe darf nicht zu Lasten der Behandlung anderer Patienten gehen. Möglichkeiten, die dem Rechnung tragen, könnten unter anderem sein:
 - Es sollten Anreize geschaffen werden, dass einzelne Praxen für diese

Patientengruppen zusätzliche Behandlungskapazitäten entwickeln.

- Jobsharer, Inhaber halber Sitze oder Angestellte in den Praxen können über das gedeckelte Budget hinaus diese Behandlungen durchführen.
 - Ebenfalls könnten Psychotherapeuten in Privatpraxen über die Kosten-erstattung vermehrt einbezogen werden.
 - Auch könnten mehr Sonderbedarfszulassungen für Entlastung sorgen.
6. Der Vorstand kritisiert, dass die Fachkompetenz der PKN bei den Verhand-

lungen zum AOK-Hausärztervertrag nicht einbezogen worden ist. Eine Veränderung des Vertrages im Sinne dieser Stellungnahme kann die Akzeptanz in der Profession deutlich verbessern.

7. Die Mitglieder der PKN wünschen sich eine bessere Versorgung von psychisch kranken Menschen und müssen täglich den Spagat zwischen verantwortlichem psychotherapeutischem Angebot und notwendiger Selbstfürsorge für die eigene Person bewältigen.

Interview mit Frau Pietz

In unserer Reihe Kurzinterviews mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle der PKN, in der den Mitgliedern einerseits die in der Geschäftsstelle tätigen Personen aber auch die vielfältigen Aufgabenbereiche der Kammer vorgestellt werden, kommt heute Nadine Pietz zu Wort.

Frau Pietz, seit wann sind sie bereits in der PKN tätig und welche Bereiche umfasst Ihr Aufgabengebiet?



Nadine Pietz

Ich bin seit 2008 bei der PKN tätig und dort in erster Linie zuständig für den Bereich Sekretariat Vorstand und Geschäftsführung. Dazu gehören sämtlich anfallende Sekretariatsaufgaben wie die Korrespondenz, Terminkoordination, Abstimmungsprozesse, die Vor- und Nacharbeit der Vorstandssitzungen und auch der Sit-

zungen der anderen Gremien, also der Ausschüsse und Kommissionen. Darüber hinaus gehört noch dazu die organisatorische Begleitung von Projekten und auch des PTJ, also die Formatierung und terminliche Abwicklung der Erstellung der Länderseiten. Dazu kommt noch meine Tätigkeit im Bereich der berufsrechtlichen Angelegenheiten und im Beschwerdemanagement.

Mit welchen Aufgaben haben Sie es im Beschwerdemanagement zu tun?

Die verschiedenen Teilbereiche bilden gewissermaßen einen eigenen Teilbereich, der getrennt vom sonstigen Geschäftsstellenbetrieb zu betrachten ist, da in besonderer Weise mit schützenswerten Daten und Angelegenheiten umgegangen wird. Dazu gehören die Geschäftsabläufe, die das Berufsgericht, die Beschwerdestelle, die Schlichtungsstelle und den Schlichtungsausschuss betreffen. Dazu gehört z. B. auch der organisatorische Teil der Benennung der Richter und ehrenamtlichen Richter.

Sie haben es dort also mit besonders sensiblen Angelegenheiten zu tun?

Ja, so kann man das sagen. Selbst der Vorstand erhält nur in anonymisierter Form Kenntnis über die einzelnen Geschäftsprozesse. Ich bin für den Aufgabenbereich, der auch das Berufsgericht umfasst, auch

vereidigt worden, um die betreffende Post bearbeiten zu dürfen.

An welchen Stellen kommen Sie mit den Mitgliedern in Berührung?

Vor allem im Rahmen der Mitgliedsanfragen u. a. auch an die Vorstandsmitglieder im Rahmen der Vorstandssprechstunde. Dort habe ich sowohl schriftlich als auch telefonisch direkt Kontakt mit unseren Mitgliedern.

Gibt es etwas, was Sie sich von den Mitgliedern wünschen würden?

Ich freue mich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit und bin immer gerne als Ansprechpartnerin für unsere Mitglieder erreichbar.

Geschäftsstelle

Roscherstr. 12
30161 Hannover
Tel.: 0511/850304-30
Fax: 0511/850304-44
Sprechzeiten:
Mo, Di, Do, Fr 09.00 – 11.30 Uhr
Mo, Di, Mi, Do 13.30 – 15.00 Uhr
Mail-Anschrift: info@pknds.de
Mail-Anschrift „Fragen zur Akkreditierung“:
Akkreditierung@pknds.de
Internet: www.pknds.de